

Aufruf der SAV-Berlin zum 1. Mai 2002

Gegen kapitalistische Krisen und Kriege Für eine sozialistische Alternative

Seit 1890 beteiligen sich am 1. Mai weltweit Millionen von ArbeiterInnen und Jugendlichen, um gegen die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse und für eine grundlegend andere Gesellschaft zu demonstrieren. Ausgangspunkt für die 1.-Mai-Bewegung war der Kampf um den 8-Stunden-Tag. 1888 hatten sich die US-amerikanischen Gewerkschaften zum Ziel gesetzt, bis zum 1. Mai 1890 den 8-Stunden-Tag zu verwirklichen. Unter diesem Eindruck hatte der Gründungskongress der Sozialistischen Internationale 1889 beschlossen, in allen Ländern und Städten „eine große internationale Manifestation für die Er kämpfung des 8-Stunden-Tags und für internationale proletarische Solidarität“ durchzuführen. Seitdem gehen an jedem 1. Mai Millionen gegen die Macht der Millionäre auf die Straße, in vielen Teilen der Welt sogar trotz Demonstrationsverbot.

Die Anliegen der 1.-Mai-Bewegung sind heute aktueller denn je. Denn unsere ganze Zukunft ist bedroht: Bushs Kriegstreiberei, US-Pläne über atomare Präventivschläge, Plünderung öffentlichen Eigentums, Ausverkauf der Bildung, Weltwirtschaftskrise, Massenentlassungen, Umweltzerstörung...

Gemeinsamer Kampf gegen kapitalistische Globalisierung

Seit Seattle geht international kein Gipfeltreffen der Herrschenden mehr ungestört über die Bühne. Mit der halben Million Menschen, die in Barcelona gegen den Vorgipfel der Europäischen Union protestierte, erreichte die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung einen vorläufigen Höhepunkt.

Gleichzeitig gibt es auch immer größere Proteste von ArbeiterInnen, Angestellten und Beamten. In Italien gab es den ersten Generalstreik seit zwanzig Jahren. In Deutschland haben die Metallarbeiter mit ihrer großen Beteiligung an den Warnstreiks gegen Lohnverzicht in den letzten Wochen eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass die Kampfkraft in den Betrieben intakt ist.

Notwendig ist jetzt, dass die Bewegung von Göteborg und Genua gegen die globalen Angriffe mit den Kämpfern der Kolleginnen und Kollegen zusammenkommt. In diesem Zeichen sollte der 1. Mai 2002 stehen.

In Berlin gibt es regelmäßig Demonstrationen und Proteste, ein Beispiel ist der Kita-Warnstreik am 19. April mit ca. 10.000 Beteiligten. Dieser richtete sich gegen die massiven Kürzungen bei Kinder- und Jugendeinrichtungen, die für viele das Aus bedeuten. Die Kolleginnen und Kollegen des Öffentlichen Dienstes sollen auf bis zu 10% ihres Lohns verzichten, Kitas sollen privatisiert und die Gruppen vergrößert werden. Auch Entlassungen aus dem Öffentlichen Dienst werden nicht völlig ausgeschlossen. Deshalb setzt sich die SAV dafür ein, dass der bundesweite Aktionstag der GEW am 12. Juni zu einem gemeinsamen Protesttag aller Betroffenen, d.h. der LehrerInnen, SchülerInnen, StudentInnen, Kitabeschäftigten, Eltern usw. wird.

Diese und noch mehr Kürzungen, Privatisierungen und Stellenstreichungen werden mittlerweile unter Regierungsbeteiligung seitens der PDS durchgezogen. Die PDS akzeptiert die Markt-

SAV

Sozialistische Alternative

030/24 72 38 02
berlin@sav-online.de
www.sav-online.de

wirtschaft und darum die Folgen der Marktwirtschaft. Das heißt für uns: Wir müssen selbst aktiv werden und uns organisieren. Am Aufbau einer neuen Arbeiterpartei in Ost und West – mit einem sozialistischen Programm – führt kein Weg vorbei.

Druck auf Gewerkschaftsspitze bei den DGB-Demos ausüben

Die Gewerkschaften dürfen nicht „rechts“ liegen gelassen werden. Ihre Organisationen mit acht Millionen Mitgliedern sind nach wie vor die potenziell stärkste Kraft in der Gesellschaft. Am 1. Mai darf der Gewerkschaftsbürokratie auf den DGB-Demos nicht das Feld überlassen werden. Kritische und kämpferische ArbeiterInnen und Jugendliche und die Gewerkschaftslinken sollten dafür eintreten, dass in diesem Frühjahr der Kampf für deutliche Lohnerhöhungen mit dem Kampf gegen Betriebsschließungen verbunden werden sollte: Lohnverzicht rettet keine Arbeitsplätze. Das hat Holzmann gezeigt. Das einzige, was Arbeitsplätze rettet, ist der Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze. Eine erfolgreiche Lohnrunde würde dafür sorgen, dass die Gewerkschaften aus der Defensive kommen und der Gegenwehr gegen Sozialkürzungen und Entlassungen enormen Auftrieb geben.

Offiziell 4 Millionen Arbeitslose sind 4 Millionen Argumente gegen die Marktwirtschaft! Die erwarteten 40.000 Firmenpleiten in diesem Jahr sind 40.000 Argumente gegen die Marktwirtschaft!

Naziaufmarsch stoppen

Am 1. Mai wollen in Berlin auch die Nazis auf die Straße gehen. Das Ziel der Faschisten ist die Abschaffung aller demokratischen Rechte und die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen. Darum muss jeder Naziaufmarsch gestoppt werden. Wenn wir uns dabei auf Polizei und Justiz verlassen, dann sind wir allerdings verlassen. Letztes Jahr durften die Nazis in Hellersdorf demonstrieren, während gegen Linke ein Demoverbot verhängt wurde. Was die Nazis in die Schranken weisen würde, wäre eine Massenmobilisierung: Darum sollte der DGB zwar lautstark für Lohnerhöhungen

und Arbeitsplätze demonstrieren – aber am Besten dort, wo die Nazis aus ihren Löchern kriechen wollen.

Demonstrationsrecht verteidigen

Nicht nur alle erkämpften sozialen Rechte stehen unter Beschuss, auch unsere demokratischen Rechte sind bedroht. Der Staat rüstet weiter auf – nach außen und nach innen. Vor einem Jahr am 1. Mai setzte der Polizeiapparat in Berlin zunächst das Demonstrationsrecht für AntifaschistInnen außer Kraft, dann ließ er das Straßenfest auf dem Mariannenplatz grundlos räumen und ging abends mit Wasserwerfern und Tränengas gegen linke DemonstrantInnen in Kreuzberg vor. Auch unter einem SPD/PDS-Senat ist nichts anderes zu erwarten. Nicht einmal von der angekündigten Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte ist noch die Rede.

AnwohnerInnen in Kreuzberg für den 1. Mai erreichen

Im Vorfeld des diesjährigen 1. Mai war mit dem Personenbündnis „Denk Mai neu“ eine neue Initiative gestartet worden, die sich zum Ziel gesetzt hatte, den Tag in Kreuzberg zu „repolitisieren“ und „polizeifrei“ ein Straßenfest von 60.000 auf die Beine zu stellen. Dieses Projekt ist gescheitert.

Die SAV Berlin hatte sich anfangs an dieser Initiative beteiligt. Unserer Meinung nach war es ein positiver Ansatz, AnwohnerInnen anzusprechen und politische Inhalte in Kreuzberg am 1. Mai wieder in den Mittelpunkt rücken zu wollen. Allerdings wies die Initiative von vornherein Schwächen auf. So ist ein Großteil der Initiatoren, darunter FU-Studierende und Professor Peter Grottian, im Bezirk nicht verankert. Außerdem gab es keine klare politische Stoßrichtung. Für die Mobilisierung wäre es hilfreich gewesen, einige wenige politische Parolen in den Vordergrund zu stellen, wie: Nein zu Lohnverzicht und Entlassungen, Nein zur Kriegsausdehnung gegen den Irak, Für die Verteidigung des Demonstrationsrechts. Problematisch war darüber hinaus, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wurde, das Bündnis würde eine Zusammenarbeit und Absprachen mit SPD-Innensenator Körting und der Po-

lizei anstreben. Der Staatsapparat kann politisch nicht überzeugt werden, da seine Funktion darin besteht sicherzustellen, dass die kleine Minderheit der wirtschaftlich Herrschenden auch die politischen Herrschenden bleiben. Nur durch politisches Einwirken auf die Arbeiterklasse und durch Massenmobilisierung können die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft grundlegend verändert werden.

Gegen Polizeigewalt vorgehen – aber wie?

Der 1. Mai muss dafür genutzt werden, anti-kapitalistische Jugendliche und ArbeiterInnen und Arbeitslose zusammenzubringen. In Kreuzberg bietet das Straßenfest auf dem Mariannenplatz eine gute Möglichkeit. Tausende von Jugendlichen sagen sich, dass sie 365 Tage im Jahr von staatlicher Seite schikaniert werden (vor allem ImmigrantInnen können ein Lied davon singen) und der 1. Mai ein Tag ist, an dem sie diesen Polizeirepressionen einmal Paroli bieten wollen. Allerdings ist ihr Vorgehen kontraproduktiv. Denn so verständlich die Wut vieler Jugendlicher ist, die sich am Abend des 1. Mai in Kreuzberg auf Auseinandersetzungen mit der Polizei einlassen, so wenig hilfreich ist es dabei, größere Teile der arbeitenden Bevölkerung dafür zu gewinnen, für ihre sozialen und demokratischen Rechte einzutreten. Viele AnwohnerInnen haben das Gefühl, dass ihr Kiez am 1. Mai in ein Schlachtfeld verwandelt wird und schrecken erst recht davor zurück, sich politisch zu engagieren. Zusätzlich bieten diese Ereignisse für die Herrschenden nur einen Vorwand, die staatliche Aufrüstung weiter forcieren zu können.

Anstelle von Stellvertreterpolitik ist eine breite Mobilisierung aller vom Sozialkahlschlag Betroffenen nötig (und möglich: in den 70er Jahren gingen in West-Berlin am 1. Mai Zehntausende auf die Straße). Anstelle von nicht transparenten individuellen Aktionen sind im Vorfeld jeder Protestaktion für alle offene Vorbereitungstreffen, eine demokratische Entscheidungsfindung und gewählte Ordnungsdienste zum Schutz vor Polizeigewalt erforderlich.

Demokratische Planung statt kapitalistische Profitgier

Nach dem Zusammenbruch vom Ostblock und der Sowjetunion ist der Kapitalismus das weltweit dominierende System. Für die Menschen in den früheren Kolonialstaaten bedeutet es Horror ohne Ende: „Der II. Weltkrieg kostete 54 Millionen Menschen das Leben. Heute sterben jährlich 52 Millionen am Hunger und den Folgen von Hunger und Unternahrung: Für die Völker in den unterentwickelten Ländern hat der III. Weltkrieg längst begonnen“ (Jean Ziegler, UN-Sonderbeauftragter für Ernährung).

Aber auch in der BRD, einem der reichsten Länder der Welt, wächst jedes siebte Kind in Armut auf (Paritätischer Wohlfahrtsverband). Während den reichsten 10 Prozent mehr als 40 Prozent des gesamten Privatvermögens gehört, verfügen die ärmsten 50 Prozent nur über 4 Prozent (Armutstudie). Wenn es nach den Unternehmern und ihren Politikern geht, dann soll die arbeitende Bevölkerung jetzt in der Wirtschaftskrise den Gürtel noch enger schnallen. Dabei sind viele längst am letzten Gürtelloch angelangt. Eine vernünftige Schulbildung, ein gesicherter Ausbildungs- und Arbeitsplatz und ein Grundeinkommen für alle zur Existenzsicherung sind keine überzogenen Erwartungen. Wenn der Kapitalismus sich unsere bescheidenen Lebensansprüche nicht leisten kann, dann können wir uns den Kapitalismus nicht mehr leisten.

Die kapitalistischen Krisen sind so alt wie der Kapitalismus. Solange ein erbitterter Konkurrenzkampf zwischen Konzernen und Nationalstaaten um Absatzmärkte tobt, solange werden Krisen ausbrechen – Krisen aus Überproduktion und Überkapazitäten. Solche Krisen lassen sich beseitigen. Aber nur, wenn die Produktion geplant wird. Planen können aber nur diejenigen, die die Produktionsmittel kontrollieren. Effektiv kontrollieren lässt sich jedoch nur, was einem gehört. Sollen Armut und Arbeitslosigkeit der Vergangenheit angehören, müssen die Banken und Großkonzerne in gesellschaftliches Eigentum überführt werden. Damit wären die Grundlagen für eine soziali-

stische Gesellschaft geschaffen. In der DDR gab es zwar eine Planwirtschaft, allerdings eine bürokratische, keine demokratische. Darum ist in der DDR und im Ostblock nicht der Sozialismus gescheitert, sondern der Stalinismus.

Eine sozialistische Welt ist nötig

In diesem Jahr sollte der 1. Mai vom Kampf gegen Lohnneinbußen, Arbeitsplatzabbau und Kriegspolitik geprägt sein. Die SAV will aber auch Diskussionen darüber anstoßen, warum das Übel an der Wurzel gepackt werden muss. Unserer Meinung nach können kapitalistische Krisen und Kriege dauerhaft nur dann überwunden werden, wenn die Ursachen dafür überwunden werden. Die SAV will einen Anfang machen, sich gemeinsam gegen die Angriffe von oben zu wehren, aber auch für eine sozialistische Alternative aus der kapitalistischen Sackgasse kämpfen. Jede und jeder Interessierte ist eingeladen, gemeinsam mit uns zu diskutieren und aktiv zu werden.

Mach mit!

Komm zu den Treffen der SAV-Berlin!

Prenzlauer Berg (Nord)

Donnerstags, 19 Uhr im „Kiezladen“, Dunckerstr. 14 (Nähe U-Bhf. Eberswalder Str.)

Prenzlauer Berg (Süd)

Mittwochs, 19 Uhr im Mädchentreff „Lotte“, Lottumstr./Ecke Christinenstr. (Nähe U-Bhf. Rosa Luxemburg Platz)

Friedrichshain

Montags, 19 Uhr im „Utopia“, Weidenweg 62 (Nähe Bersarinplatz, U-Bhf. Frankfurter Tor)

Kreuzberg

Donnerstags, 19 Uhr im „Eiertanz“, Admiralstr. 17 (Nähe U-Bhf. Kottbusser Tor)

Einladung zur Mitgliederversammlung

am Donnerstag, den 2.05.02, Beginn 18 Uhr
im „Kiezladen“, Dunckerstr. 14 (Nähe U-Bhf. Eberswalder Str.)

Augenzeugenbericht vom Generalstreik in Italien

Ein Mitglied der SAV-Berlin berichtet von seinen Eindrücken des Generalstreiks, der am 16.04.02 in Italien stattgefunden hat. 3 Millionen Menschen beteiligten sich allein an Demonstrationen gegen die Abschaffung des Kündigungsschutzes und Berlusconi's rechter Politik. Der Redner war zu dieser Zeit für die SAV in Mailand.

ausserdem:

Auswertung des 1. Mai's und Planung der Demonstrationen gegen den Bush-Besuch am 21. und 22.05.02 in Berlin

030/24 72 38 02
berlin@sav-online.de
www.sav-online.de

SAV

Sozialistische Alternative